Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3439

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Fellermaier, Hirsch, Marx (München), Seidel und Genossen

betr. **Bekämpfung betrügerischer Praktiken bei der Ein- und Ausfuhr von Agrarerzeugnissen**

I. Der Bundesminister der Finanzen hat am 6. September 1968 in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Fellermaier, Hirsch, Marx (München), Seidel und Genossen — Drucksache V/3243 — mitgeteilt, daß die Oberfinanzdirektionen laufend die Erstattungen im gesamten EWG-Marktordnungsbereich überprüfen. Im ersten Halbjahr 1968 hätten 155 Prüfungen stattgefunden; dabei und durch Ermittlungen der Zollfahndungsstellen seien weitere Fälle festgestellt worden, in denen der Verdacht des unrechtmäßigen Erstattungsbezugs bestehe. In allen Marktordnungsbereichen seien nach den Feststellungen der Oberfinanzdirektionen bis zum 30. Juni 1968 an Barerstattungen rund 10,5 Millionen DM zurückzufordern und an Abschöpfungsabgaben (hier nur im Getreidesektor) rund 33,2 Millionen DM nachzuerheben. Die gesamte Schadenshöhe beträgt demnach im ersten Halbjahr 1968 über 33 Millionen DM.

II. Daher fragen wir die Bundesregierung:

1. a) Wie groß ist die Zahl der im ersten Halbjahr 1968 im Rahmen der Prüfungen und Ermittlungen aufgedeckten Fälle, in denen zu Unrecht Barerstattungen und zu Unrecht Abschöpfungsabgaben im Getreidesektor nicht gezahlt wurden?

   b) In wieviel Fällen besteht der Verdacht strafbarer Handlungen?

2. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um dem beängstigenden Ausmaß an widerrechtlichen Erstattungen und der Hinterziehung von Abschöpfungsbeträgen auf dem Getreidesektor wirksamer Einhalt zu gebieten (vgl. die schriftliche Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundesministers der Finanzen auf eine Frage des Abgeordneten Fellermaier in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 28. März 1968).

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

3. a) Ist der Bundesregierung bekannt, warum die Kommission der Europäischen Gemeinschaften die Errichtung einer zentralen Untersuchungsstelle in Brüssel nicht für durchsetzbar hält, obwohl nach übereinstimmender Auffassung der Kommission und der Bundesregierung eine solche Stelle zweckmäßig wäre (vgl. Drucksache V/3243, Seite 3)?

   b) Warum ergreift die Bundesregierung nicht über den Ministerrat eine Initiative zur Schaffung einer zentralen Untersuchungsstelle in Brüssel?

4. Zu welchem Ergebnis haben die Überlegungen der Bundesregierung über die Einführung spezieller Strafbestimmungen gegen widerrechtliche Erstattungen geführt, insbesondere zur Frage der Ahndung leichtfertig falscher Angaben, die zur Gewährung von Erstattungen oder Nichterhebung von Abschöpfungsabgaben führen?

Berlin, den 30. Oktober 1968

Fellermaier
Hirsch
Marx (München)
Dr. Apel
Bals
Dr. Bayerl
Böhm
Felder
Folger
Fritsch (Deggendorf)
Haage (München)
Hauffe
Hofmann (Kronach)
Kohlberger
Kurlbaum
Langebeck
Lautenschlager
Dr. Reischl
Dr. Schmidt (Gellersen)
Strohmayr